

liche Regelungen, die an der Hausfrauen-ehe orientiert sind, passen nicht mehr in die heutige Zeit.

- Gesellschaft: Fürsorgearbeit ist immer noch einseitig weiblich konnotiert. Nur ein tiefgreifendes Umdenken kann nachhaltige Gleichberechtigung schaffen.

- Wirtschaft: Unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne sind Gift für die Familiengründung und für das Familienglück. Büropräsenz- und Über-

stundenkultur sind nach wie vor weitverbreitet, die Arbeitswelt ist noch zu wenig familienfreundlich.

Die Generation Y könnte Pionier sein, indem Männer nicht nur Ernährer, sondern auch aktive Väter sind und indem Mütter auch Karriere machen und die Familie mitversorgen. Dafür bedarf es einer umfassenden Zeitkompetenz, Mut zu neuen Wegen und vor allem: einer Gelassenheit gegenüber den vielfältigen Erwartungen.



Sabine Diabaté

ist Forschungsgruppenleiterin am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

sabine.diabate@bib.bund.de



Martin Bujard

ist Forschungsdirektor am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

martin.bujard@bib.bund.de

Gustav A. Horn

Griechenland gerettet?!

Mit der Verabschiedung des dritten Hilfspakets hat sich die jüngste dramatische Lage in Griechenland etwas entspannt. Vielfach geht man – wieder einmal – davon aus, dass die Krise des Euroraums unter Kontrolle, wenn nicht gar überwunden ist. Aber ist das wirklich so? Zeit für eine Zwischenbilanz.

Dafür muss man den Kerngedanken einer Währungsunion verstehen: Sie ist eine Vereinbarung über ein gemeinsames Inflationsziel. Alle beteiligten Volkswirtschaften verpflichten sich mit ihrer Zustimmung zur gemeinsamen Währung, dieses gemeinsame Ziel einzuhalten. Das Problem, das sich wenige Jahre nach Umsetzung der Vereinbarung über eine Währungsunion nun zunehmend auftürmte, war, dass diese Grundlage in Vergessenheit geriet. Es gab die Europäische Zentralbank (EZB), die für die Einhaltung des Inflationsziels verantwortlich war, und die ihre Sache offenkundig auch gut machte. Übersehen wurde dabei, dass die EZB dies nur

im Aggregat des Euroraums leisten kann. Schließlich kann sie nur einen Zins für das gesamte Währungsgebiet festsetzen. Damit blieb aber letztlich die Frage, wer für die Einhaltung auf nationaler Ebene der Mitgliedsstaaten zuständig war, unbeantwortet. Dieses Versäumnis war umso gravierender, nicht nur weil die nationalen Inflationsraten im Laufe der Zeit immer weiter auseinanderdrifteten, sondern auch weil das Inflationsziel auf nationaler Ebene verletzt wurde, ohne dass dies wirtschaftspolitisch beachtet wurde.

Dies führte zu dem Ergebnis, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit jener Volkswirtschaften, deren Inflationsrate oberhalb des Inflationsziels lag, verschlechterte, während sich die jener Länder, die niedrigere Raten aufwiesen, verbesserte. In der Konsequenz häuften erstere Auslandsschulden sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor an. Letztere vermehrten hingegen ihr Auslandsvermögen. Zur ersten Gruppe gehörten die späteren Krisenländer, an

der Spitze Griechenland. Zu letzteren zählt insbesondere Deutschland. Damit war die Krise von Anfang an nicht nur eine Krise Griechenlands und anderer, sondern auch Deutschlands und anderer – eben eine systemische Krise des Euroraums.

Der Weg in die Krise

Von Anfang an war der Blick der Wirtschaftspolitik auf die Krise national und ökonomisch verengt. Das gilt insbesondere für die deutsche Wirtschaftspolitik. Zum einen wird die Krise nach wie vor ausschließlich als Krise von Griechenland und anderen betrachtet. Zum zweiten wird diese Krise ökonomisch primär als Staatsschuldenkrise und sekundär als Krise der Wettbewerbsfähigkeit interpretiert.

Entsprechend ist auch die Rettungsstrategie konzipiert: Sie besteht aus einer Kombination von Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen seitens des Staates sowie Strukturveränderungen vorwiegend auf dem Arbeitsmarkt, die über Lohnzurückhaltung die Inflationsrate senken und auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen sollen. Diese Maßnahmen sind angesichts der beschriebenen Krisenursachen nicht völlig absurd, aber einseitig, indem sie den systemischen Charakter der Krise verkennen und die Nebenwirkungen dieser Strategie ignorieren.

Die Verknennung des systemischen Charakters lässt sich an der Fokussierung auf die Krisenländer festmachen. Es ist nie die Rede von einem allseitigen Anpassungsbedarf an das Inflationsziel der EZB, sondern allein von jenem der Krisenländer. Dies verschärft deren ohnehin schwierige Lage enorm.

Die Einseitigkeit der Maßnahmen zeigt sich an der Fokussierung auf die Angebotsseite. Mit einer wirtschaftspolitischen Strategie, die primär auf Lohnsenkungen und Ausgabenkürzungen des Staates setzt, wird zwangsläufig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gedrückt. Weil sie, wie in Griechenland, durch immer höhere Staats-

schulden aufgebläht wurde, ist das kurzfristig hinnehmbar. Wenn dieser Druck aber zum Dauerzustand bzw. überzogen wird, dann verwandelt sich ein Medikament mit Nebenwirkung zur eigentlichen Krankheit. Insbesondere haben Sparmaßnahmen, die einer Volkswirtschaft verordnet werden, die sich ohnehin bereits in einer Krise befindet, einen besonders harten Bremseffekt.

So zeigt eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), dass der weitaus überwiegende Teil der schrumpfenden Produktion in Griechenland auf das Konto der von der Troika verordneten Sparmaßnahmen geht. Ohne diese wäre die Produktion von 2010 bis 2015 nur leicht zurückgegangen. Bei diesem Befund gehen die Autoren Tassos Giannitsis und Stavros Zografakis sogar noch ziemlich konservativ vor, da sie die belastenden Effekte aus den ebenfalls verordneten Lohnkürzungen nicht berücksichtigen.

Der Einwand, dass ein Verzicht auf diese Maßnahmen die Konsolidierung der Staatsfinanzen zumindest verzögert und die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit behindert habe, trifft bestenfalls partiell zu. Mit den Kürzungen wurde zwar für sich genommen das Haushaltsdefizit des Staates reduziert, jedoch stieg die für die Beurteilung der Schuldenlast maßgebliche Staatschuldenquote wegen des gleichzeitig schrumpfenden Bruttoinlandsprodukts ab 2011 sogar massiv an und verharrt seit 2013 auf hohem Niveau. Die extreme Sparpolitik konterkarierte also die gewünschte Konsolidierung.

Wenig überzeugend sind auch die Erfolge im Hinblick auf eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Zwar ist diese aufgrund der Lohnkürzungen seit 2011 um 15 % gesteigert worden und befindet sich damit im Einklang mit der Benchmark, bei der die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands seit seinem Beitritt zur Währungsunion unverändert geblieben wäre. Wegen der

schlechten Wirtschaftslage und der Unsicherheit, die nicht zuletzt durch immer wieder aufkeimende Grexit-Diskussionen erzeugt wurden, liegen die Kapitalkosten jedoch deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums und verschlechtern damit die Angebotsbedingungen der griechischen Wirtschaft merklich.

Weniger wäre in diesem Fall also mehr gewesen. Selbstverständlich waren eine restriktive Fiskal- und eine zurückhaltende Lohnpolitik angesichts der Probleme Griechenlands geboten. Aber ein weniger harter Sparkurs hätte im Hinblick auf die Konsolidierung mehr Erfolg versprochen, da er die Wirtschaft nicht so stark belastet hätte. Gleichzeitig hätte ein Lohnstopp statt -kürzung eine bessere Wirtschaftslage zur Folge gehabt. Bei einem Lohnstopp bleiben schließlich die Nominallöhne unverändert; sie sinken nicht wie im Fall von Lohnkürzungen. Die privaten Haushalte hätten dann Ausgaben nicht so dramatisch einschränken müssen, insbesondere wären die Erwartungen über ihre zukünftige Lage nicht derartig eingebrochen, was das zurückhaltende Ausgabenverhalten merklich verschärft haben dürfte und so die Wirtschaftslage weiter verschlechtert hat. Die fatale Konsequenz besteht in einer Massenarbeitslosigkeit, die zu ihrem Höhepunkt 2013 bei über einem Viertel der Erwerbstätigen lag und auch 2015 nur knapp darunter liegt.

Die hohe Arbeitslosigkeit weist schon darauf hin, dass die Lasten dieser drastischen gesamtwirtschaftlichen Anpassungen zu-

Ungleiche Lastenverteilung

dem noch ungleich verteilt wurden. In ihrer Studie für das IMK zeigen Tassos Giannitsis und Stavros Zografakis, dass alle Einkommensgruppen reale Kaufkraftverluste in beträchtlicher Höhe hinnehmen mussten. Besonders starke Einbußen mit 86 % verzeichneten aber gerade die niedrigsten Einkommen, während die höchsten Einkommen mit immerhin noch 17 % den ge-

ringsten Rückgang in Kauf nehmen mussten. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass das Armutsrisiko trotz gesunkener Armutsschwelle, also der Einkommensschwelle, bei deren Unterschreitung man als arm gilt, deutlich gestiegen ist.

Die Ursachen für die hohen Kaufkraftverluste bestehen zum einen in dem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und zum zweiten in den massiven Lohnkürzungen. Außerdem wirkten die wegen der Konsolidierungsbemühungen beschlossenen Steuererhöhungen regressiv, belasteten die unteren Einkommen also relativ stärker als die höheren. Bemerkenswert dabei ist, dass die Verluste an Kaufkraft im privaten Sektor höher liegen als im öffentlichen Dienst. Hinzukommt, dass auch Rentner weniger belastet wurden als Beschäftigte.

Schlechte Vorgaben wurden also auch noch schlecht umgesetzt, da vor allem die breite Masse der Bevölkerung belastet wurde. Ohnehin privilegierte Einkommensbezieher und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vermochten hingegen ihre Belastungen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung vergleichsweise gering zu halten. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf Privilegien, die durch den politischen Prozess noch verstärkt wurden.

Werden die bisherigen Defizite der Rettungsstrategie nunmehr durch das dritte Hilfspaket überwunden? Im Grundsatz nicht, *Das dritte Hilfspaket* auch wenn im Detail spürbare Verbesserungen zu erkennen sind. Von besonderer Bedeutung sind langfristig angelegte institutionelle Reformen der sozialen Sicherung, des Steuersystems und der Steuerverwaltung. Ihre Umsetzung wird darüber entscheiden, ob Griechenland langfristig wieder auf einen soliden Wachstumskurs einschwenken kann.

Auf kürzere Sicht wird grundsätzlich trotz der schlechten Erfahrungen die bis-

herige Strategie beibehalten. Weitere Sparauflagen und die Fortsetzung des Lohnendrucks werden die Binnennachfrage auch in der nächsten Zeit belasten. Allerdings sind die Sparauflagen wie sie sich in den Vereinbarungen über den sogenannten Primärüberschuss des griechischen Staatshaushalts – das ist der Überschuss, der sich ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen für die Altschulden ergeben soll – merklich abgemildert worden. Sie sind sogar weniger hart als das, was die griechische Regierung vor einigen Monaten noch in den Verhandlungen vor dem Referendum angeboten hatte. Man kann dies als eine Annäherung an die Realität bezeichnen, die zudem deutlich macht, dass die harte Position der Mitgliedsstaaten nach dem Referendum und vor der Zustimmung des griechischen Parlaments zur Aufnahme von Verhandlungen über ein drittes Rettungspaket primär politisch und nicht ökonomisch motiviert war.

Auch der milde Schuldenschnitt, dessen Entscheidung ansteht, soll der Entlastung dienen. Im Gespräch sind eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen sowie niedrigere Zinssätze. Beides würde den griechischen Staatshaushalt entlasten und es der griechischen Regierung erleichtern, die ohnehin gesenkten Sparziele zu erreichen.

All dies lässt erwarten, dass der Druck auf die Binnennachfrage abnimmt. Das könnte einen zarten Keim der Erholung er-

zeugen, aber auch nicht mehr. Angesichts der Tatsache, dass die Arbeitslosenquote bei 25 % verharrt, ist dies jedoch eindeutig zu wenig.

Was fehlt sind expansive Impulse, die die griechische Wirtschaft wieder auf einen durchgreifenden Wachstumskurs bringen. Die Hoffnung, dass Struktur-reformen in Kombination mit Sparmaßnahmen Vertrauen im privaten Sektor begründen, und private Haushalte wie Unternehmen daraufhin ihre Ausgaben steigern, hat sich schon mehrfach als Illusion erwiesen.

Diese Impulse können nur durch eine fiskalpolitische Intervention entstehen. Griechenland selbst ist hierzu aufgrund seiner hohen Verschuldung nicht mehr in der Lage. Also können es nur europäische Quellen sein, die Mittel zur Verfügung stellen. Hier wurden sogar bereits Mittel in Aussicht gestellt, allerdings weniger als in den Jahren zuvor. Es scheint daher zweifelhaft, ob es tatsächlich zu den notwendigen Investitionsimpulsen kommt.

Soll Griechenland ökonomisch rasch genesen, geht dies nur mit einer Gemeinschaftsaktion der Mitgliedsstaaten des Euroraums. Diese müsste aber über Garantien für verbilligte Kredite, so wichtig diese sind, hinausgehen. Die Krise des Euroraums kann wegen ihres systemischen Charakters letztlich nur durch Solidarität unter den Mitgliedsstaaten überwunden werden.



Gustav A. Horn

ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung und außerplanmäßiger Professor an der Universität Flensburg.

gustav-horn@boeckler.de